

Gruppe CDU / FDP

im Rat der Stadt Hildesheim

Gruppenantrag	Vorlage-Nr: 14/212	
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 10.06.2014 Verfasser/in: Eva Möllring	
Auf Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Alternative Planung der Bernwardstraße / Hannoversche Straße		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
11.06.2014	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr	Vorberatung
02.07.2014	Ortsrat Stadtmitte/Neustadt	Anhörung
14.07.2014	Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Sachverhalt:

Die Planungen waren in der Sitzung am 21.05.2014 zum ersten Mal vorgestellt worden. Es ergab sich zu einzelnen Punkten, insbesondere zur Umgestaltung der Hannoverschen Straße in eine unechte Einbahnstraße, eine kritische Diskussion. Daraufhin wurde von einigen Ratsmitgliedern vorgeschlagen, dass die Stadtverwaltung die Anlieger der Hannoverschen Straße befragt, wie sie die Auswirkungen der Maßnahme einschätzen würden und eine Verkehrszählung durchführen würde.

Zwischenzeitlich haben die zahlreichen Anlieger der Hannoverschen Straße, Ladeninhaber, Ärzte, Apotheker, Dienstleister, Büros, Restaurants und die ansässige Bank die Planungen einmütig und sehr aktiv abgelehnt. Die Straße dient sowohl als wichtige Verbindung zur Nordstadt, als auch als Zufahrt zu Wasserparadies, Bernwardstraße und dem Kundenverkehr zu den benannten Geschäften, Praxen, der Bank und den Dienstleistern in der Hannoverschen Straße, in der Bernwardstraße und im Angoulême-Viertel. Kunden und Geschäftsleute sind daher auf die beidseitige Benutzung und die Parkbuchten elementar angewiesen. Hinzu kommt der Ausbau eines weiteren Ärztehauses mit weiteren publikumswirksamen Angeboten.

Die CDU-Fraktion hat die Umgestaltung der Hannoverschen Straße sogleich sehr kritisch gesehen und kann daher den Protest der Anlieger gut nachvollziehen. Sie bittet deshalb, den Punkt im Sinne der Betroffenen und der von ihnen vertretenen Nutzer weiter zu beraten.

Als Auftakt dieser Beratungen sollen seitens der Verwaltung folgende Fragen beantwortet werden:

Hat die Verwaltung den Protest der Anlieger zur Kenntnis genommen?

Welche Befragungen und Verkehrszählungen hat die Verwaltung zwischenzeitlich durchgeführt?

Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass die vorgetragenen Bedenken ernst zu nehmen sind?

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr eine alternative Planung zur Beratung und zum Vergleich vorzulegen,

in der die Hannoversche Straße von beiden Seiten genutzt werden kann und gleichzeitig den Überweg von der Almsstraße zur Bernwardstraße in der maximalen Breite zu demonstrieren.

2. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, darzulegen, wie in der Friedrichstraße weitere Parkplätze mit Nutzung von Parkscheiben eingerichtet werden können. Die Stichstraße ist als Fußgängerzone nur schwerlich geeignet und könnte stattdessen das Parkangebot gut ergänzen. Dies würde die Attraktivität des Geschäftsviertels deutlich erhöhen.
3. Die Pflasterung der Bernwardstraße sollte unbedingt behindertengerecht durchgeführt werden. Gerade dieser Bereich wird in hohem Maße von älteren Menschen mit Rollatoren genutzt. Selbst die flachen Bordrinnen, die sich auf Almsstraße und Hohem Weg langziehen, werden für nicht ganz trittsichere Personen und auch bei unpraktischem Schuhwerk leicht zur Stolperfalle. Dies ist bei einer neuen Gestaltung der Bernwardstraße unbedingt zu vermeiden.

Anlage